

Wahlprüfstein DIE LINKE

Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V.

DIE LINKE antwortet dem Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V.

Herausforderung Klimawandel

1. Ungebremst führt der Klimawandel zum Schrumpfen des für Menschen geeigneten Lebensraumes. Dies wird mit Kriegen um Wasser, Land und sonstige Ressourcen verbunden sein. Die heutigen Flüchtlingsströme sind nur ein Vorbote der Migrationsbewegungen und des Chaos, das dann zu erwarten ist. Diese düstere Aussicht eröffnet gleichzeitig die Chance, dass wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise umfassend unter die Lupe nehmen. Denn wir zerstören nicht nur das Klima, sondern ebenso die Umwelt, die anderen Lebewesen und sonstigen Gegebenheiten des Planeten. Die konsequente Verminderung von Treibhausgasen und der Umstieg auf die Erneuerbaren Energien kann der erste Schritt einer umfassenden Transformation sein.

Betrachten Sie die Abbremsung des sich beschleunigenden Klimawandels als die größte Herausforderung der Menschheit?

Ja / nein / mit Einschränkungen

Ggf. Erläuterung zu den Einschränkungen

Ja, neben der dauerhaften Friedenssicherung.

2. Sehen Sie die Notwendigkeit, Maßnahmen zum Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre voranzutreiben (z.B. Aufforstung, langfristige stoffliche Nutzung von Biomasse, Einarbeitung von Holzkohle in Ackerböden (Terra preta))?

Ja / nein / mit Einschränkungen

Ggf. Erläuterung zu den Einschränkungen:

Ja, wir lehnen CCS jedoch ab.

3. Die Erderwärmung und der damit verbundene Klimawandel werden Anpassungen der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Verteidigungspolitik erfordern. Wo sehen Sie den dringlichsten Handlungsbedarf?

Handlungsbedarf sehen wir als erstes in der Begrenzung der bereits eingetretenen Erderwärmung auf 1,5 bis max. 2 Grad entsprechend des Pariser-Abkommens. Anpassungsmaßnahmen an die heute schon nicht mehr vermeidbaren Folgen der globalen Erwärmung müssen zunächst in jenen Ländern finanziert werden, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind, aber am wenigsten zu ihm beigetragen haben. Ansonsten ist eine Abkehr von der kapitalistischen Wachstumslogik notwendig.

4. Wie stehen Sie zu der Forderung, Klimaschutz und Schutz vor radioaktiver Verstrahlung als eine von jedem Bürger einklagbare Verpflichtung des Gesetzgebers im Grundgesetz festzuschreiben?

Dem würden wir im Grundsatz zustimmen, haben aber bislang auf eine gesetzliche Verankerung (etwa in einem Klimaschutzgesetz) orientiert.

Chancen der Energiewende

5. Bitte zählen Sie die wichtigsten Vorteile auf, die sich Ihrer Meinung nach aus einem Umstieg der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien und Energiespeichern ergeben

Klimaschutz, Schutz von Ressourcen, Anti-Monopolismus zu Gunsten einer demokratischen und weitgehend dezentralen Erzeugung.

Umsetzungsrahmen für 100% Erneuerbare Energien

6. Zur Weltklimakonferenz in Paris hat man sich geeinigt, eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad anzustreben. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen müssen die Kohlenstoffdioxidemissionen schnellstmöglich, ALLERSPÄTESTENS jedoch im Jahr 2040 null betragen, um das 1,5 °C-Ziel zu erreichen. Dieses Ziel kann bereits mit vorhandener Technik und Ingenieurswissen erreicht werden. Aufgabe der Politik sollte es deshalb sein, sämtliche Hindernisse für die autonome Versorgung mit Erneuerbaren Energien abzuschaffen. Bleibt es allerdings bei dem jetzigen Ausbautempo von Windanlagen, Solarstrom-, Solarwärmeanlagen, Speichern und Elektromobilität, prognostizieren Experten, dass der Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien in den nächsten hundert Jahren nicht zu erreichen ist.

Bis wann wollen Sie den Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien realisiert haben? Bitte geben Sie eine konkrete Jahreszahl an.

2040

7. Wollen Sie die Bundesregierung darin unterstützen, die ehemalige nationale Vorreiterrolle beim Klimaschutz wieder einzunehmen?

Ja / nein / mit Einschränkungen

Ggf. Erläuterung zu den Einschränkungen

Ja.

8. Setzen Sie sich für Folgendes ein?

Bitte antworten Sie mit „Ja / nein / mit Einschränkungen“ und fügen ggf. eine Erläuterung bei.

- Beseitigung der Deckel für Wind- und Solaranlagen
- Abschaffung der EEG-Umlage auf Eigenversorgung und Mieterstrom
- Entbürokratisierung der Gesetzgebung, insbesondere des EEG
- Abschaffung des Ausschreibungsverfahrens für Erneuerbare Energien (oder alternativ für eine Ausweitung der Ausnahmeregeln für kleinere Akteure)
- Einführung einer Baupflicht für Anlagen zur erneuerbaren Strom- und Wärmeversorgung auf Neubauten, sowie Nachrüstpflicht auf Altbauten
- Vereinfachte Zulassung (z.B. ohne Meldepflicht) von Kleinst-PV-Anlagen, wie sogenannten „Balkonkraftwerken“ oder „Steckerkraftwerken“
- Erleichterungen für Baugenehmigungen von Windparks bundesweit unter Beachtung des Natur- und Anwohnerschutzes (auch in Süddeutschland)
- Unterstützung des naturverträglichen Baus von Windparks in Wirtschaftswäldern

- Beseitigung der Deckel für Wind- und Solaranlagen:

Ja.

- Abschaffung der EEG-Umlage auf Eigenversorgung und Mieterstrom:

Ja, mit Einschränkung. Notwendig ist eine gerechte Beteiligung aller Verbraucherinnen und Verbraucher an den heute netzseitig erhobenen Abgaben, Entgelten und Umlagen, über welchen Weg auch immer.

- Entbürokratisierung der Gesetzgebung, insbesondere des EEG:

Ja, mit Einschränkung. Viele der Ausnahmen und Spezialregelungen entstanden auf Druck der Erneuerbaren-Branche, oft aus gutem Grund. Die pauschale Forderung zur Entbürokratisierung ist immer gern gesehen, im Detail ist das Leben oft schwieriger. Auf jeden Fall müssen die Ausnahmen für die Industrie auf ein angemessenes Maß zurückgefahren werden.

- Abschaffung des Ausschreibungsverfahrens für Erneuerbare Energien (oder alternativ für eine Ausweitung der Ausnahmeregeln für kleinere Akteure):

Ja.

- Einführung einer Baupflicht für Anlagen zur erneuerbaren Strom- und Wärmeversorgung auf Neubauten, sowie Nachrüstpflicht auf Altbauten:

Im Wärmebereich ja, wenn angemessen und sinnvoll ausgestaltet, etwa wenn auch nachweisbarer Fremdbezug möglich. Im Strombereich setzen wir auf den EEG-Mechanismus.

- Vereinfachte Zulassung (z.B. ohne Meldepflicht) von Kleinst-PV-Anlagen, wie sogenannten „Balkonkraftwerken“ oder „Steckerkraftwerken“:

Keine Position bislang.

- Erleichterungen für Baugenehmigungen von Windparks bundesweit unter Beachtung des Natur- und Anwohnerschutzes (auch in Süddeutschland):

Ja, mit Einschränkung. DIE LINKE wendet sich gegen 10-H-Regelungen und ähnliches. Sie setzt aber auf eine solide Planung und Genehmigung unter Beteiligung der Bevölkerung. Ansonsten könnte die Energiewende aus Akzeptanzgründen scheitern.

- Unterstützung des naturverträglichen Baus von Windparks in Wirtschaftswäldern:

Ja.

9. Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen sie die Elektromobilität fördern? Sehen Sie Hemmnisse, die beseitigt werden müssen?

Wir setzen uns für Maßnahmen ein wie die Förderung von Ladestationen und anderer Infrastruktur sowie von E-Bussen, E-Lieferwagen u.ä. sowie der entsprechenden Forschung für E-Mobilität und Speicher. Auf keinen Fall befürworten wir hingegen Kaufprämien für Pkws. Es geht um eine Verkehrswende nicht um ein Antriebswende. Also um eine Mobilität mit weniger individuellem Straßenverkehr, dafür aber mit mehr Bussen und Bahnen, Fahrrädern und Fußverkehr.

10. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Energieeffizienz und Energieeinsparung voranzubringen?

Wir setzen uns u.a. ein für gesetzlich vorgeschriebene Sanierungspflichten im Gebäudebestand, anspruchsvolle Umsetzung des Niedrigstenergiestandards bei Gebäuden entsprechend der EU-Gebäude-Richtlinie, mehr Top-Runner-Programme für Produkte und Dienstleistungen als in der EU-Ökodesign-Richtlinie vorgesehen, Pflichten zum Austausch von Pumpen und alten Heizkesseln, Förderung eines Energieeffizienzmarktes zur Umsetzung des Artikels 7 der EU-Energieeffizienz-Richtlinie, Rückkehr zum alten KWK-Ausbauziel von 25 % an der Nettostromerzeugung im Jahre 2020, effizienter Einsatz der Ökoenergien.

Umsetzungsschritte zu einer dezentralen Versorgungssicherheit

11. Um die Versorgungssicherheit mit Erneuerbaren Energien zu garantieren, ist ein Ausgleich des fluktuierenden Angebots von Wind- und Sonnenenergie notwendig. Trotz Einspeisevorrang für Erneuerbare Energie werden aktuell z.B. bei gutem Wind Windparks abgeregelt, während Kohlekraftwerke am Netz bleiben. Alternativ könnten Energiespeicher momentan nicht benötigte Wind- und Sonnenenergie aufnehmen. Die Bevorratung von Energie für Strom und Wärme wird als einer der Schlüsselfaktoren der Energiewende betrachtet.

Wie wollen Sie dezentrale Versorgungskonzepte (z.B. Quartierslösungen) in einer künftigen Energieversorgung stärken?

Wir unterstützen Mieterstrommodelle, weil sie eine Chance bieten, endlich die PV in die Städte zu bekommen und die Akzeptanz für die Energiewende zu erhöhen.

12. Sehen Sie den Ausbau von Energiespeichern (Kurz-, Mittel und Langzeitspeichern) als dringende Schwerpunkt-Aufgabe bei der Umstellung auf 100 % Erneuerbare Energien?

Ja / Nein / mit Einschränkungen

Ggf. Erläuterung zu den Einschränkungen

Ja. Der Einsatz von Langzeitspeichern ist zwar erst an bei einem Ökostrom-Anteil zwischen 70 bis 80 Prozent zwingend notwendig. Die Forschung dafür muss aber schon jetzt auf Hochtouren laufen und öffentlich gefördert werden. Kurz- und Mittelzeitspeicher können schon heute mit ihren Systemdienstleistungen zur Ablösung von fossilen must-run-Kraftwerken beitragen. Die Batterie im Hauskeller ist aus energiewirtschaftlicher Sicht jedoch nicht zwingend erforderlich. Überdies ist ihr Einsatz nur schwer energiewendedenlich zu koordinieren. Über ihre Installation sollte die wirtschaftliche Erwägung der Hauseigentümer/Betreiber entscheiden.

13. Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, den Ausbau und die flächendeckende Nutzung von Strom- und Wärmespeichern in Deutschland zu beschleunigen?

Wärmespeicher werden über das Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) gefördert. Der stromgeführte energiewendedenliche Betrieb von KWKG-Anlagen sollte durch das KWKG stärker angereizt werden. Zu Stromspeichern siehe Antwort auf die vorhergehende Frage.

14. Wollen Sie den weiteren Ausbau zusätzlicher Fernübertragungsnetze beenden?

Ja / Nein / mit Einschränkungen

Ggf. Erläuterung zu den Einschränkungen

Der Netzentwicklungsplan muss anhand neuer Zielkriterien überarbeitet und an ambitionierten Klimaschutzziele ausgerichtet werden. Wenn der Kohleausstieg beschleunigt wird und eine dezentrale Energieversorgung sowie ein Ausbau der Speichersysteme voran gebracht werden, ist auch ein deutlich geringerer Netzausbau erforderlich als er jetzt - getrieben von den Profitinteressen der Übertragungsnetz- und Kohlekraftwerksbetreiber - geplant ist.

Umsetzungsschritte durch Sektorenkopplung

15. Um den Ausstoß der Treibhausgase umfassend zu vermindern, muss der Energieverbrauch in allen Sektoren Strom, Wärme und

Mobilität klimaneutral durch Erneuerbare Energien gedeckt werden.

Bis wann streben Sie eine Konvergenz der Energiemärkte Strom, Wärme und Mobilität (bis hin zur vollständigen Sektorkopplung) an?

Erst etwa ab 2030 werden relevante Strommengen für die Sektorkopplung benötigt und stehen dann auch erst als regenerativer Überschussstrom in relevanten Mengen zur Verfügung. Dieser Zeitpunkt ergibt sich auch aus entsprechenden Studien, etwa des Öko-Instituts. Im Bereich Elektromobilität und Wärmepumpen muss die Sektorkopplung aber bereits heute beginnen / fortgeführt werden. Sinnvoll ist zudem die Nutzung der 3-Prozent EE-Strom in anderen Anwendungen, die ansonsten abgeregelt werden müssten.

Pilotvorhaben zur Sektorkopplung müssen bereits heute starten, gleiches gilt für die Forschung. Auch sollten vorrausschauend KWK-Anlagen mit vergrößerten Wärmespeichern und integrierten Heizspiralen ausgestattet werden, damit sie bei Bedarf stromgeführt gefahren werden können.

Eine breite Einführung der Sektorkopplung an sich schon heute oder in der nächsten Legislaturperiode halten wir jedoch für verfrüht, ja sogar schädlich für die Energiewende: Ökostrom ist immer ein knappes, wertvolles Gut. Auch dann, wenn Börse oder Netzbetreiber meinen, er sei nichts wert, er könne verschenkt oder abgeregelt werden. Ihn bereits heute spontan zu verheizen, etwa aufgrund niedriger Börsenpreise, schwächt und verteuert die Energiewende.

Elektrizität aus Wind, Sonne und Biomasse wird aufwändig produziert und vergütet. Sie könnte bis auf weiteres im Grundsatz zu jeder Zeit fast vollständig dafür genutzt werden, fossile Erzeugung zu verdrängen – also unmittelbar und vergleichsweise preiswert das Klima zu schützen. Allerdings verstopft seit Jahren (Export-)Kohlestrom die Netze, weshalb es scheint, es gäbe Überschüsse aus Windkraft oder Photovoltaik. Regionale Netzengpässe und gebremste Windräder sind aber kein Ausdruck einer bundesweiten temporären Ökostromflut. Sie sind vielmehr Ergebnis des blockierten Kohleausstiegs und bisweilen unzureichenden Netzausbaus. Dafür spricht auch die Mathematik: Bisher gab es keine Sekunde, in der mehr als 86,3 Prozent Ökostrom im Netz waren. Und das auch nur wenige Minuten – im Schnitt wird Deutschland heute mengenmäßig immer noch zu zwei Dritteln aus fossil-atomaren Kraftwerken versorgt. Es besteht im Übrigen deshalb auch die Gefahr, dass große Elektrodenkessel in der Realität überwiegend mit Graustrom beheizt werden. In diesem Kontext würden solche neuen und verfrühten Flexibilitäten – als zusätzliche Stromnachfrager – tendenziell immer von jenen Erzeugungsarten bedient werden, die im Strommarkt als nächstes zum Abruf bereit stehen. Und dies sind in der Regel leider Kohlemeiler.

16. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dies erreichen?

Aus den eben genannten Gründen wollen wir nur die Rahmenbedingungen für jene Anwendungen verbessern, die oben genannt wurden (Förderung Ladesäulen, öffentliche E-Mobilität, Wärmepumpen etc.). Allerdings würde unser Vorschlag, die Stromsteuer abzuschaffen, und dafür CO₂-Steuern auf andere Energieträger als Strom zu erheben (etwa auf Heizöl und Gas) auch die Sektorkopplung unterstützen.

17. Welche Bedeutung messen Sie den folgenden Technologien bei: power-to-gas, power-to-liquid, power-to-heat?

Power-to-gas wird ab einem EE-Anteil von 70 bis 80 Prozent mit großer Wahrscheinlichkeit neben EE-Verbänden mit alpinen oder skandinavischen Wasserkraftspeichern eine zentrale Rolle als Langzeitspeicher zu Überbrückung für Dunkelflauten und zur Deckung des Restwärmebedarfs spielen. Gemeinsam mit power-to-liquid und im begrenztem Maße Biogas könnte dieses EE-Gas auch jene Mobilitätsbereiche mit Kraftstoff versorgen, die kaum mit Batterien oder Oberleitungen angetrieben werden können. Das sind (jeweils reduziert) der Flugverkehr sowie der Seeverkehr. Zu power-to-heat siehe vorherige Frage. Für alle diese power-to-x-Anwendungen gilt: Sie sind jenseits von Pilotprojekten nur dann sinnvoll, wenn es regelmäßig einen relevanten EE-Überschuss gibt.

Umsetzungsschritte zur Kosten-Klarheit und Kosten-Wahrheit

18. Die Kosten fossiler Strom- und Wärmeerzeugung sind niedriger als die aus Erneuerbaren Quellen, weil die Folgekosten für Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschädigungen und Entsorgungskosten nicht in den Preis mit einfließen. Zusätzlich genießen die konventionellen Energien zahlreiche weitere Vergünstigungen, z. B. keine EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen, Subventionen und/oder staatliche Übernahme von Rückbaukosten.

Werden Sie sich für eine nationale CO₂-Steuer bzw. -Abgabe einsetzen? Wenn ja, in welcher Höhe und wer soll diese Steuer zahlen?

Ja / Nein / mit Einschränkungen

Ja, mit Einschränkungen: Unser Instrument zum Kohleausstieg ist ein Kohleausstiegsgesetz mit Abschaltplänen, nicht die CO₂-Steuer oder CO₂-Mindestpreise im Emissionshandel, gleichwohl wir beide unter bestimmten Bedingungen unterstützen. Wir wollen jedoch die Stromsteuer abschaffen und dafür CO₂-Steuern auf andere Energieträger als Strom erheben (etwa auf Heizöl und Gas). Diese Steuern sollten die Rohstoffhändler abführen. Beides sollte so ausgestaltet werden, dass es für Privathaushalte mit üblichen Verbräuchen annähernd aufkommensneutral ist. Über die Höhe haben wir uns noch nicht verständigt.

19. Werden Sie sich für eine Brennelemente-Steuer einsetzen?

Ja / Nein / mit Einschränkungen

Ja, mit der Einschränkung, dass wir leider zur Kenntnis nehmen mussten, dass die Kernbrennstoffsteuer vom Bundesverfassungsgericht für nicht verfassungskonform erklärt wurde. DIE LINKE war und bleibt aber bei der Position, dass die Atomwirtschaft, die Jahrzehnte von dieser Hochrisikotechnologie profitiert hat, die Nachsorgekosten und soweit wie möglich auch die Ewigkeitskosten übernehmen muss. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur die Entscheidung des BVerfG eine herbe Enttäuschung. Auch der gemeinsame Deal von Union/SPD und Bündnis90/Die Grünen mit der Atomindustrie entlastet RWE, Eon & Co in großem Ausmaß von ihren Verpflichtungen.

DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Konzerne angemessen zur Kasse gebeten werden, über Wege dazu müssen wir uns nach dem o.g. „frischen“ Urteil noch verständigen.

Umsetzungsschritte zum Ausstieg aus Atom und Kohle Den

20. Den Ausstieg aus der Atomenergie beschloss die Bundesregierung nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011. Bis 2022 sollen alle deutschen Atomkraftwerke vom Netz sein.

Halten Sie am Atomausstieg fest?

Ja / Nein

Ja, wobei wir ihn beschleunigen wollen.

21. Soll die Urananreicherungsanlage in Gronau weiter betrieben werden?

Ja / Nein

Nein.

22. Soll die Brennelementefabrik in Lingen weiter betrieben werden?

Ja / Nein

Nein.

23. Sind Sie dafür, aus dem EURATOM-Vertrag auszuschneiden?

Ja / Nein

Ja.

24. Der Ausstieg aus der Atomenergie darf kein Umstieg auf längeres Festhalten an Fossilenergie werden. Erneuerbare Energien bieten Chancen auf neue Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region, wo die Energie erzeugt und gebraucht wird.

Halten Sie es für sinnvoll - ähnlich wie beim Atomausstieg - auch für jedes Kohlekraftwerk die endgültige Stilllegung gesetzlich festzuschreiben?

Ja / Nein / mit Einschränkungen

Ggf. Erläuterung zu den Einschränkungen

Ja. DIE LINKE fordert ein Kohleausstiegsgesetz. Die Eckdaten: Der Kohleausstieg beginnt 2018 und endet spätestens 2035. Die ältesten und dreckigsten Meiler müssen noch vor 2020 vom Netz, ansonsten können wir die Klimaziele, die nur halbwegs kompatibel mit dem 2-Grad-Ziel sind, vergessen. Wir LINKE setzen auf eine soziale Begleitung des Ausstiegs. Wir schlagen darum einen Strukturwandelfonds für die Braunkohleregionen in Höhe von 250 Mio. Euro im Jahr vor. Über die Verwendung müsste in den Regionen selber entschieden werden, sowas geht schlecht vom Grünen Tisch. Und zwar mit Gewerkschaften, Kommunen, Umweltverbänden etc., und natürlich mit der örtlichen Wirtschaft.

25. Bis wann soll das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen?

Im Jahr 2035.